

1 **Hoch die Internationale Solidarität mit der Wissenschaft!**

Antragsteller*innen: Antonia Miersch, Liam Demmke

2 Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht. Sie fällt nicht vom Himmel. Sie muss
3 politisch verteidigt, finanziell ermöglicht und international solidarisch gelebt werden.

4 Aktuell erleben wir weltweit einen gefährlichen Trend: Autoritäre Regierungen und rechte
5 Parteien greifen gezielt die Freiheit von Forschung und Lehre an. Der Angriff auf die
6 internationale Wissenschaft ist ein Angriff auf die internationale Solidarität, denn der
7 internationale Austausch als Grundpfeiler einer gerechteren Welt wird geschwächt.

8 **Wer die Universitäten kontrolliert, kontrolliert die Zukunft**

9 Die Vereinigten Staaten von Amerika schränken derzeit gezielt die Wissenschafts- und
10 Studierfreiheit ein, um ihre rechte Rückschrittspolitik kritiklos durchzusetzen. Trump will die
11 Forschung und die Universitäten kontrollieren. In seinen Augen sind Universitäten in den USA
12 zu links - und was gerade passiert ist seine persönliche Strategie, ein Amerika der
13 Rechtskonservativen aufzubauen. Durch restriktive Visa-Regelungen für ausländische
14 Wissenschaftler*innen, die teilweise ganz ausgesetzt werden. Auch erschwert die Regierung
15 durch ihre massiven Kürzungen bei Fördermitteln für Universitäten den internationalen
16 Austausch. Außerdem zwingt Trump die Universitäten auf diesem Wege, ihre Programme für
17 Inklusion und Vielfalt einzustellen. Dass die Streichung der Fördermittel vor allem die
18 Forschung zu Infektionskrankheiten, Geschlechter- und Klimaforschung betrifft, ist kein Zufall
19 und stellt ein beispielloses Rollback der Wissenschaftsfreiheit dar.

20 Die Folgen treffen nicht nur die USA. Auch deutsche Hochschulen und globale
21 Wissenschaftsnetzwerke geraten unter Druck. Besonders hart trifft es Studierende aus dem
22 globalen Süden. Sie sind auf internationale Mobilität angewiesen, weil es in ihren
23 Herkunftsländern an Finanzierung oder politischer Freiheit für ein selbstbestimmtes Studium
24 fehlt. Als Wissenschaftsstandort mit internationaler Strahlkraft müssen wir handeln – nicht
25 neutral, nicht als Profiteur der US-amerikanischen Abschottung, sondern solidarisch.

26 **Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zwischen Exzellenz und Prekariat**

27 Gleichzeitig brennt es vor der eigenen Haustür. Bereits in den letzten Jahren wurde an den
28 Hochschulen gespart. Die Hochschulfinanzierung ist lückenhaft. Die Grundfinanzierung macht
29 zwar rund 75 Prozent des Budgets aus, reicht aber nicht aus. Der Rest kommt über Drittmittel.
30 Universitäten erhalten diese meist vom Staat, Fachhochschulen zunehmend von privaten

31 Geldgebern. Fächer mit vielen Drittmitteln – wie Medizin, Chemie oder Physik – werden
32 bevorzugt. Geistes- und Sozialwissenschaften geraten ins Hintertreffen. Und aktuelle
33 Konflikte zeigen, dass selbst vermeintlich randständige Kleinst-Studiengänge wie die
34 Osteuropastudien essenziell sein können – wenn plötzlich Expertise über Länder wie die
35 Ukraine gefragt ist. Die Finanzierung folgt ökonomischer Logik. Auch innerhalb der
36 Grundfinanzierung zählt Quantität mehr als Qualität: Abschlüsse statt guter Lehre.

37 In Nordrhein-Westfalen plant die Landesregierung nun weitere massive Kürzungen. Die
38 Hochschulen sollen breit aufgestellt und zugleich exzellent sein und mit weniger Mitteln mehr
39 leisten.

40 Ab 2026 sollen 255 Millionen Euro bei der Grundfinanzierung gestrichen werden. Diese
41 Kürzungen bedrohen Lehre, Forschung und Arbeitsplätze.

42 Die Universität Münster zeigt exemplarisch, wie schlecht es um die Hochschulfinanzierung
43 steht. Seit 2012 wächst die Uni: mehr Studierende, mehr Personal, mehr Mittel. Gleichzeitig
44 entsteht ein strukturelles Defizit von 15 Millionen Euro pro Jahr. Öffentliche Fördermittel
45 sinken, Bau- und Energiekosten steigen. Kommen die Landeskürzungen dazu, fehlen
46 zusätzlich 10 Millionen Euro jährlich.

47 Die Leitung reagiert mit harten Sparmaßnahmen. Geplant sind Einschnitte von zehn Prozent
48 bei zentralen Einrichtungen wie ULB, Hochschulsport, Career Service, Studienberatung oder
49 International Office. Gerade diese Strukturen brauchen benachteiligte Gruppen besonders
50 dringend. Auch in den Fachbereichen drohen Kürzungen – durch weniger Professuren,
51 gekürzte Seminare und schlechtere Lehre. Studentische Hilfskräfte trifft es als erstes. Doch
52 sie sichern Tutorien, Übungen und AGs – also genau die Räume, in denen gemeinsames
53 Lernen funktioniert.

54 Bis zu acht Prozent der Stellen könnten wegfallen. Prekäre Arbeitsbedingungen und befristete
55 Verträge wären weiter die Regel, nicht die Ausnahme. Die Qualität der Lehre würde durch
56 überfüllte Seminare, schlechtere Betreuungsschlüssel und weniger individuelle Unterstützung
57 weiter sinken.

58 All das ist politisch widersprüchlich und ein Angriff auf die ohnehin ungerechte
59 Bildungslandschaft. Als Sozialist*innen verteidigen wir ein anderes Bildungsverständnis.
60 Bildung ist für uns keine Verwertungsmaschinerie, sondern demokratisches Versprechen. Die
61 Sozialdemokratie hat sich zu oft in der neoliberalen Logik von Aufstieg und Verwertung verirrt.
62 Doch Bildung darf kein Privileg für die sein, die zufälligerweise im Kapitalismus gut
63 zurechtkommen. Denn wo Menschen aus gesellschaftlicher Teilhabe entlassen werden,

64 greifen rechte Parolen. Und in Zeiten, in denen die Autoritären Hochschulen und Wissenschaft
65 weltweit einschränken, darf in NRW finanzielle Kürzung nicht die Antwort sein.

66 Strukturelle Hindernisse für internationale Wissenschaft in Deutschland

67 Auch bundesweit bleibt viel Stückwerk. Das neue Einwanderungsgesetz schafft zwar neue
68 Möglichkeiten, doch in der Praxis bleiben viele Barrieren: Anerkennungsverfahren von
69 Abschlüssen und Studienleistungen dauern zu lange. Orientierung fehlt. Bezahlbarer
70 Wohnraum ist knapp. Auf dem Wohnungsmarkt erleben viele Diskriminierung. Ein BAföG-
71 System, das längst nicht mehr zum Leben reicht – besonders für internationale Studierende
72 ohne Rücklagen oder mit unsicheren Stipendien. Hinzu kommen befristete Arbeitsverträge in
73 der Wissenschaft, fehlende Planungssicherheit und kaum realistische Bleibeperspektiven
74 nach dem Studium.

75 Gerade Studierende, die auf sichere Strukturen, finanzielle Unterstützung und faire Verfahren
76 angewiesen sind bleiben vielfach außen vor. Das gefährdet nicht nur die individuelle Existenz
77 vieler Studierender und Forschender, sondern auch die langfristige Attraktivität Deutschlands
78 als Wissenschaftsstandort.

79 Internationale Studierende dürfen nicht nur auf dem Papier willkommen sein. Es braucht
80 konkrete, solidarische Politik für Teilhabe, Sicherheit und Perspektive. Für uns Jusos ist klar:
81 Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht, das geschützt und gestärkt werden
82 muss. Es gehört zur demokratischen Verantwortung, bei allen Maßnahmen mit Sensibilität
83 und im Spannungsfeld wissenschaftlicher Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung
84 abzuwägen. Einschränkungen durch den Staat – etwa durch das Verbot von Büchern oder
85 das politisch motivierte Streichen von Fördermitteln – sind hochproblematisch und gefährden
86 offene Diskurse. Deutschland muss international Haltung zeigen und die
87 Rahmenbedingungen schaffen, ein sicherer Hafen für Wissenschaft und freie Forschung zu
88 sein.

89 **Deshalb fordern wir:**

- 90 1. Einen sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen der Hochschulfinanzierung in NRW.
- 91 2. Eine grundlegende Reform der Hochschulfinanzierung, die den Anteil der
92 Grundfinanzierung deutlich erhöht, sie unabhängig von kurzfristigen
93 Leistungskennzahlen wie Abschlüssen macht, Forschung und Lehre gleichwertig
94 finanziert.
- 95 3. Den Erhalt und Ausbau aller öffentlichen Hochschulstandorte – gerade auch im
96 ländlichen Raum.

- 97 4. Ein Sofortprogramm für internationale Wissenschaftler*innen, die in autoritären
98 Staaten unter Druck stehen.
- 99 5. Ein schnelles, transparentes System zur Anerkennung internationaler Abschlüsse und
100 Studienleistungen.
- 101 6. Flächendeckende Willkommensstrukturen für internationale Studierende, durch
102 kostenfreie Beratungs- und Orientierungsangebote, Unterstützung beim
103 Wohnungszugang, konkrete Integrationsprogramme an den Hochschulen.
- 104 7. Eine umfassende BAföG-Reform, die auskömmlich ist, elternunabhängig funktioniert
105 und auch internationalen Studierenden offensteht.
- 106 8. Dauerhafte Perspektiven in der Wissenschaft, durch Entfristung von Stellen, faire
107 Bezahlung, gute Betreuungsverhältnisse.
- 108 9. Ein klares politisches Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit – als Grundpfeiler jeder
109 demokratischen Gesellschaft.